

# Hintergrund: Ermittlungen gegen »Rite Aid«

Von Mirko Knoche

Bundesagenten der US-Behörde für Tarifbeziehungen ermitteln seit Februar in Cleveland, Ohio, gegen die Drogerie- und Apothekenkette »Rite Aid«. Sie lasten dem Unternehmen und siebzehn leitenden Angestellten verschiedene Gesetzesbrüche und Verstöße gegen den Ersten Verfassungszusatz (Meinungsfreiheit) an, darunter illegale Drohungen, Mobbing, Vergeltungsakte und Überwachungsmaßnahmen.

Die Vorwürfe im einzelnen:

1) Angestellte befragt zu haben,

- wie sie über den von »Rite Aid« vorgeschlagenen Tarifvertrag abstimmen wollen

- wie sie tatsächlich abgestimmt haben

- wer abstimmte

- ob sie bereit sind, zu streiken

- ob sie an einer Gewerkschaftsversammlung teilnehmen wollen

2) Angestellte bedroht zu haben,

- daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren, falls sie gegen den von »Rite Aid« vorgeschlagenen Tarifvertrag stimmen

- sie zu maßregeln als Vergeltung für gesetzlich geschützte Gewerkschaftstätigkeit

- ihren Betrieb zu schließen, falls sie streiken oder mehrheitlich den von »Rite Aid« vorgeschlagenen Tarifvertrag ablehnen

3) Gesetzwidrig

- versucht zu haben, die Gewerkschaft zu unterminieren

- den Anschein erweckt zu haben, daß die gewerkschaftlichen Aktivitäten der Beschäftigten von »Rite Aid« überwacht würden

- die Beschäftigten angewiesen zu haben, mit der Gewerkschaft nur in der Freizeit zu sprechen

4) Zwang auf Angestellte ausgeübt zu haben, indem ihnen falsche Informationen vermittelt wurden, welche Konsequenzen es habe, nicht an einem Streik teilzunehmen

5) die Angestellten behindert zu haben, untereinander während der Arbeitszeit über Arbeitsbedingungen zu sprechen.

Die Einzelhandelsgewerkschaft »United Food and Commercial Workers« (UFCW) fordert die US-Amerikaner auf, Geschäfte der »Rite Aid«-Kette so lange zu boykottieren und keine Arztrezepte mehr einzulösen, bis der Tarifkonflikt beigelegt ist.

*<https://www.jungewelt.de/artikel/171568.hintergrund-ermittlungen-gegen-rite-aid.html>*